

(Präsident.)

(A) (Nr. 226.) Desgleichen über Tit. 11 des außerordentlichen Staatshaushalts-Etats für 1914/15, Erweiterung der Werkstättenanlagen in Dresden-Friedrichstadt betreffend.

(Nr. 227.) Antrag zum mündlichen Berichte der Finanzdeputation A über Kap. 67 des ordentlichen Staatshaushalts-Etats für 1914/15, Technische Deputation betreffend.

(Nr. 228.) Antrag zum mündlichen Berichte der Finanzdeputation B über Tit. 30 des außerordentlichen Staatshaushalts-Etats für 1914/15, Umbau des Bahnhofs Meissen und zweigleisigen Ausbau der Strecke Meissen—Meissen-Triebischtal (zweite Rate) betreffend.

(Nr. 229.) Desgleichen über die Petition der Gemeinderäte zu Niederoderwitz und Spitzkunnersdorf um Errichtung einer Güterabfertigungsstelle in Niederoderwitz.

(Nr. 230.) Antrag zum mündlichen Berichte der Rechenschaftsdeputation über Kap. 38 bis 41 des Rechenschaftsberichts auf die Finanzperiode 1910/11, Geschäftsbereich des Justizministeriums betreffend.

(Nr. 231.) Desgleichen über Kap. 56 a bis 61 des Rechenschaftsberichts auf die Finanzperiode 1910/11, Geschäftsbereich des Ministeriums des Innern betreffend.

(Nr. 232.) Desgleichen über Kap. 88 bis 94 des Rechenschaftsberichts auf die Finanzperiode 1910/11, Geschäftsbereich des Ministeriums des Kultus und öffentlichen Unterrichts betreffend.

(B) (Nr. 233.) Antrag zum mündlichen Berichte der Beschwerde- und Petitionsdeputation über die Petition des Oberrechnungsrevisors a. D. Christ. Karl Eduard Gurakisch in Geyer, Pensionsnachzahlung betreffend.

(Nr. 234.) Desgleichen über die Petition der Gemeinden Zethau, Helbigsdorf b. Freiberg und Randeck um Einziehung der Wegegeldeinnahmen in Lichtenberg und Mulda.

(Nr. 235.) Desgleichen über die Petition des Gutsbesizers Karl Friedrich Böhme in Colmnitz, Brandschädenvergütung betreffend.

(Nr. 236.) Desgleichen über die Petition des Buchhalters Bruno Zeller in Dresden um Erlass von Gerichtskosten.

Präsident: Sämtliche vorliegende Anträge, Nr. 224 bis mit 236, kommen zur Schlußberatung auf eine Tagesordnung.

Wir treten in die Tagesordnung ein.

Nach Beschluß der Kammer sollen alle drei Gegenstände später in der Debatte verbunden werden. Ich werde also zunächst die erste Interpellation zum Vortrag bringen. Sie lautet:

„In weiteren Kreisen von Industrie und Gewerbe herrscht eine Beunruhigung, weil man den Schutz der Gesetze zur Abwehr des sozialdemokratischen Terroris-

mus gegenüber den Arbeitswilligen nicht für ausreichend hält. Glaubt die Königliche Staatsregierung im Gegensatz hierzu, daß die bestehenden Gesetze für diesen Schutz ausreichen, und glaubt sie diesfalls eine Beruhigung dadurch zu erzielen, daß sie an die in Betracht kommenden Behörden eine schriftliche Instruktion erläßt, die durch eine Zusammenstellung der einschlagenden gesetzlichen Bestimmungen und der hierzu ergangenen obergerichtlichen Entscheidungen einheitliche Richtlinien für das Verhalten insbesondere der polizeilichen Organe in derartigen Fällen schafft?“

Ich frage die Königliche Staatsregierung, ob sie bereit ist, diese Interpellation zu beantworten.

(Staatsminister Graf Bixthum v. Eckstädt: Ich bin bereit, die Interpellation zu beantworten.)

Ich werde nun auch gleich die zweite Interpellation noch zum Vortrag bringen. Sie lautet:

„1. Was gedenkt die Staatsregierung zu tun, um das gesetzlich gewährleistete Koalitionsrecht gegen Angriffe sicherzustellen?“

2. Welche Gründe hatte die Staatsregierung zu dem Erlass des Justizministeriums vom 11. Dezember 1912 wegen Beschleunigung des Strafverfahrens bei sogenannten Massendelikten?“

Ich frage auch hier die Königliche Staatsregierung, ob sie bereit ist, diese Interpellation zu beantworten.

(Staatsminister Graf Bixthum v. Eckstädt: Die Königliche Staatsregierung ist bereit, diese Interpellation zu beantworten.)

Ich nehme also an, daß die Königliche Staatsregierung beide Interpellationen, da sie die gleichen Fragen betreffen, auch gleichzeitig beantworten wird, und gebe daher nun zunächst den beiden Herren Interpellanten das Wort zur Begründung, und zwar zuerst den Herrn Abgeordneten Dr. Kaiser zu der Interpellation Nr. 31. Herr Dr. Kaiser hat das Wort.

Abgeordneter Dr. Kaiser: Meine* Herren! Als wir vor zwei Jahren hier uns über denselben Gegenstand unterhielten, der heute das Thema unserer Tagesordnung bilden wird, da haben wir uns ausführlich darüber ausgesprochen, ob denn in der Tat in unserem Sachsenlande speziell Terrorismus gegen die Arbeitswilligen herrscht. Die bürgerlichen Parteien waren damals einig darin, daß in der Tat dieser Terrorismus zu finden ist, stießen dabei aber auf lebhaften Widerspruch auf der linken Seite des Hauses, die im Gegenteil den bürgerlichen Parteien, die sie als Vertreter der Arbeitgeber in der Hauptsache anzusehen geneigt ist, vorwarf, daß der Terrorismus lediglich auf seiten der Arbeitgeber zu finden

* Zum Teil ohne Korrektur des Redners gedruckt.